



Samstag, 04. November 2023, 12:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Einseitiger Wettbewerb

Der Essay einer Studentin, die sich für den Frieden einsetzt, wurde von der Deutschen Gesellschaft e. V. abgelehnt. Ein Blick auf die Jury verrät einiges.

von Maria Werter
Foto: cunaplus/Shutterstock.com

Mit friedfertigen Positionen hat man heutzutage kaum noch eine Chance, gehört oder gelesen zu werden, insbesondere wenn eine einseitig besetzte Jury darüber zu entscheiden hat. Im diesjährigen studentischen

Essay-Wettbewerb der Deutschen Gesellschaft e. V. wurde die Frage gestellt, „wie die europäischen Staaten die Ukraine unterstützen sollen“. Die inhaltliche Marschrichtung war dementsprechend bereits vorgegeben. Eine friedensbewegte Studentin wählte einen anderen Ansatz, indem sie den Pazifismus zum Gegenstand ihres Essays machte. Dieser wurde abgelehnt. Ein Blick auf die Jury, die erst nach der Abgabe bekannt gemacht wurde, verrät den Grund: Der Wettbewerb war von Vornherein politisch beeinflusst.

Es war einmal eine Zeit, in der Studenten für eine kritische Geisteshaltung, lebhafte Debatten und als Ideengeber für die Zukunft bekannt waren. Von den älteren, arrivierten Zeitgenossen zwar meist kritisch beäugt, waren die jungen Akademiker doch als ‚Freigeister‘ und Pioniere wertgeschätzt und stießen so manchen politischen und gesellschaftlichen Wandel an. Wohl im Wissen um diese historische Bedeutung, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft e.V. jedes Jahr einen studentischen Essaywettbewerb, in dem die jungen Autoren gesellschaftsrelevante Themen diskutieren sollen.

Die Deutsche Gesellschaft e.V.

Die „Deutsche Gesellschaft – Eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa“ wurde am 13. Januar 1990 in West-Berlin gegründet. Vorläuferorganisation war die 1986 initiierte „Deutsche Freundschaftsgesellschaft“, der unter anderem Willy und Peter Brandt, Egon Bahr und Antje Vollmer angehörten. Wie die Deutsche Freundschaftsgesellschaft hatte auch die daraus hervorgehende Deutsche Gesellschaft sich in erster Linie

zum Ziel gesetzt, die deutsch-deutschen Beziehungen zu intensivieren. Dieses Vorhaben unterstützten als Mitglieder neben Kunstschaaffenden und Akademikern auch Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR, oder Andreas H. Apelt, Mitinitiator des „Demokratischen Aufbruchs“, der später mit der CDU fusionierte. Auf der Gründungsfeier sprach unter anderem der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und spätere Bundespräsident Johannes Rau. Drei größere Projekte standen im Gründungsjahr im Vordergrund: ein deutsch-deutscher Jugendaustausch, die Initiative „Währungsunionsmark“ sowie das Engagement für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche (1).

Im Laufe der Zeit rückten statt der deutsch-deutschen dann die europäischen Beziehungen in den Fokus. In der aktuellen Satzung des Vereins heißt es:

„Die Deutsche Gesellschaft e. V. will den langwierigen und schwierigen Prozess der Herstellung der europäischen Einheit auf sozialem, ökologischem, rechtlichem und wissenschaftlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet fördern und kritisch begleiten. (...) Die Mitglieder der Gesellschaft sind davon überzeugt, dass Deutschland in die sich entwickelnde Struktur gesamteuropäischer Zusammenarbeit – ‚Gemeinsames Haus Europa‘ – einzubringen ist. Die Gesellschaft sieht ihre Aufgabe darin, zur Völkerverständigung beizutragen mit dem Ziel, eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu sichern.“ (2)

Mittlerweile gehört die Deutsche Gesellschaft zu den „aktivsten überparteilichen Akteuren im Bereich der politischen Bildung“ (3). Sie veranstaltet Tagungen, Vorträge, Bildungsreisen, Interviewprojekte und Fortbildungen. Dabei geriet der ursprüngliche Gedanke des Gründerkreises, „unterhalb der staatlichen Ebene Kontakte aufzubauen“ (4), allerdings mehr und mehr ins Hintertreffen. Zwar wurde die Deutsche Gesellschaft von Beginn an maßgeblich von politischen und gesellschaftlichen

Führungspersonen getragen, die Projekte orientierten sich aber zunächst noch an den Interessen der allgemeinen Bevölkerung.

Heutzutage scheint es hingegen, als fungiere die Deutsche Gesellschaft e.V. zunehmend als Schnittstelle für das „Networking“ staatlicher, privatwirtschaftlicher und medial-öffentlicher Akteure.

Dies hängt maßgeblich mit der Finanzierung des Vereins zusammen. So finden sich auf der Liste der „Förderer und Partner“ unter anderem Der Tagesspiegel, die Deutsche Bank, die E.ON Stiftung gGmbH, die Initiative junger Transatlantiker, die Mercedes Benz Niederlassung Berlin, die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland sowie die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Darüber hinaus wird die Gesellschaft von unzähligen staatlichen Institutionen unterstützt: vom Auswärtigen Amt, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien oder dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – um nur einige zu nennen (5).

Die Deutsche Gesellschaft selbst ist wiederum Mitglied in der „Europäischen Bewegung Deutschland“ (EBD), die vice versa auch „Förderer“ der Deutschen Gesellschaft ist. Die EBD besteht ihrerseits aus einem Konglomerat von politischen Parteien, Stiftungen, Kapitalgesellschaften, Unternehmen, Verbänden und Bildungsträgern und strebt an, „in enger Kooperation mit den politischen Institutionen die europapolitische Kommunikation, die europäische Vorausschau und die europapolitische Koordinierung in Deutschland nachhaltig zu verbessern“ (6). Sie wird institutionell vom Auswärtigen Amt gefördert und ist somit eine sogenannte Mittlerorganisation.

Der studentische Essaywettbewerb

Seit 2010 veranstaltet die Deutsche Gesellschaft jährlich einen maßgeblich vom Bundesinnenministerium finanzierten studentischen Essaywettbewerb. In den ersten Jahren ging es etwa um Fragen wie „Was bedeutet Nation?“, „Was ist Freiheit?“ oder „Was ist Heimat?“. Diese offen gestellten und diskursiven Preisfragen konnten die Studenten erörtern, wobei 23 Beiträge „mit originellen Thesen, unkonventionellen Ideen und neuartigen Einsichten“ (7) – ganz im Geiste des traditionellen Studentenbildes – in einem Sammelband veröffentlicht wurden. Inzwischen wurde die Anzahl auf 15 Beiträge reduziert. Spätestens seit 2018 erhalten die drei besten Autoren zudem einen Geldpreis, dotiert mit 2.000, 1.000 und 500 Euro. Teilnahmeberechtigt sind „Studentinnen und Studenten aller Studiengänge mit einer Immatrikulation in Deutschland“, die fristgerecht einen Fließtext von mind. 12.000 und max. 18.000 Zeichen inkl. Leerzeichen einreichen – also ca. sechs bis neun Seiten.

Bewertet werden die Studententexte anschließend von einer dreiköpfigen Jury, die den Teilnehmern ihr Feedback auf einem Kolloquium mitteilt. Als zentrale Bewertungskriterien nennt der Verein „Originalität, Analysekraft und sprachlichen Ausdruck“ (8). Wer genau die Texte in den vergangenen Jahren begutachtete, ist auf der Webseite des Essaywettbewerbs leider nicht nachzuverfolgen. Im Jahr 2022 setzte sich das Gremium zum Thema „Protestkultur heute und gestern“ aus dem Soziologen Prof. Dr. Dieter Rucht, der Politikwissenschaftlerin Dr. Sophia Hunger und Tim Herden, dem damaligen Leiter des MDR-Studios Berlin, heute Direktor des MDR-Landesfunkhauses Sachsen-Anhalt, zusammen.

„Krieg in Europa“ – (K)ein Streitthema?

Im Jahr 2023 lautete das Thema des Wettbewerbs „Krieg in Europa“. Dabei offenbarte bereits die Hinleitung zu den Preisfragen, in welche Richtung die Teilnehmenden nach Ansicht des Veranstalters denken und schreiben sollten: „Der russische Angriff auf die Ukraine ist zugleich ein Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung. Nichts wird nach diesem Krieg mehr so sein, wie zuvor“ (9). Daran schlossen sich folgende Preisfragen an, von denen eine oder mehrere im Text diskutiert werden sollten:

Wie kann und muss eine neue europäische (Sicherheits-)Ordnung aussehen?

Wie sollen die europäischen Staaten und die Europäische Union die Ukraine unterstützen?

Was erwartet die Jugend unter den Vorzeichen von Krieg und Krisen von der Zukunft?

Insbesondere die voreingenommene zweite Frage verdeutlicht, dass es in diesem Jahr für die Deutsche Gesellschaft im Grunde wenig zu diskutieren gab. Erwartet wurde ein bedingungsloses Plädoyer für die Aufrechterhaltung und Verstärkung der Unterstützung der ukrainischen Armee sowie eine absolute und finale Schmähung Russlands. Die Präsidentin der EBD forderte bereits den EU-Beitritt der Ukraine (10).

Doch nicht nur der Ton, auch die Bekanntgabe der Jury gestaltete sich in diesem Jahr anders – nämlich gar nicht. Bis zur Abgabefrist waren die Jurymitglieder den studentischen Autoren nämlich gar nicht bekannt. So galt es, einfach ins ‚Blaue‘ (oder hier eher: Blau-Gelbe) hineinzuschreiben.

In der Hoffnung, die gesichtslose Jury würde in demokratischem Sinne und wie in den Vorjahren Beiträge verschiedener Perspektiven auswählen, reichte ich einen pazifistisch inspirierten Essay ein, der der „Zeitenwende“ von Olaf Scholz ein Gegenmodell

gegenüberstellt.

Dieser Essay wurde inzwischen bei MANOVA **veröffentlicht**
(<https://www.manova.news/artikel/ein-essay-fur-den-frieden>).

Nachdem ich knapp drei Monate später die Nachricht erhielt, dass der Text abgelehnt wurde, sah ich mir die nunmehr veröffentlichte Juryzusammensetzung an – und war über die Entscheidung nicht verwundert.

„Im Krieg und in der Liebe ist alles erlaubt“ – auch eine einseitige Jury

Die drei ausgewählten Jurymitglieder heißen Katharina Borngässer, Elmar Brok und Janis Fifka. Alle drei zeichnen sich durch ihren Einsatz für die Entstehung eines föderalen europäischen Bundesstaates aus, den „Vereinigten Staaten von Europa“ (11) – bereits dem Namen nach mit den USA als Vorbild. Auch untereinander sind die Jurymitglieder bereits vernetzt:

Borngässer und Brok sind beide in der „Europa-Union“ tätig – die wiederum ein großer Förderer der Deutschen Gesellschaft ist –, während Brok und Fifka durch ihr Engagement in der „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF) bzw. deren Jugendorganisation „Junge Europäische Föderalisten“ (JEF) verbunden sind. Die Europa-Union und die UEF/JEF arbeiten freilich eng zusammen. Man muss mithin nicht lange recherchieren, um zu der Überzeugung zu gelangen, dass es sich hierbei um eine höchst einseitige und sachlich ungeeignete Jurybesetzung handelt:

Katharina Borngässer ist Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin. Der Bundesverband dieser Organisation verlautbarte gemeinsam mit den JEF, man müsse die Ukraine nicht nur mit allen

Mitteln und notfalls zum eigenen Nachteil unterstützen, „sondern auch glaubhafte Beitrittsperspektiven für die Ukraine, Moldau, Georgien und die Staaten des Westlichen Balkans“ (12) signalisieren. Neben ihren Tätigkeiten für die Europa-Union arbeitet Borngässer außerdem im Büro des SPD-Politikers Michael Roth. Dieser war im April 2022 gemeinsam mit der Waffenlobbyistin Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Anton Hofreiter von den Grünen als einer der ersten deutschen Politiker in die Ukraine gereist (13). Über die Treffen mit hochrangigen Politikern vor Ort sagte Roth: „Wir sind mit offenen Armen willkommen geheißen worden, wir haben sehr offen und freundschaftlich gesprochen“ (14). Ferner statuierte er: „Tagtäglich müssen Menschenleben geopfert werden, weil Russland dieses wunderbare Land überfallen hat“ (15). Tatsächlich jedoch *müssen* keineswegs tagtäglich Menschenleben „geopfert“ werden. Denn es handelt sich hierbei nicht um ein Naturgesetz, sondern um bewusste Entscheidungen der politischen Führungspersonen. Borngässer dürfte – als enge Mitarbeiterin von Roth – dessen Haltungen teilen.

Janis Fifka war und ist für verschiedene SPD-Bundestagsabgeordnete tätig und bekleidet das Amt des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der JEF. Selbige Organisation publizierte am Jahrestag des Ukrainekrieges auf blau-gelbem Hintergrund den Ausruf „Sláva Ukrajíni“ (16), der auf einen eindeutig faschistischen Ursprung zurückgeht. Als Stellvertretender Bundesvorsitzender ist Fifka möglicherweise mitverantwortlich für diesen Beitrag, dürfte ihn zumindest aber gebilligt haben. Im Anschluss daran stellen die JEF sieben Forderungen auf, so etwa:

„Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. (...) Daher rufen wir dazu auf, auch weiterhin Solidarität mit den (...) Ukrainer:innen zu zeigen, nötigenfalls auf Kosten des eigenen Wohlstands. (...) Die EU muss Schritte zur nachhaltigen und fundamentalen Integration der Ukraine in die EU mit Nachdruck fortführen. Bis es soweit ist, sollen ukrainischen Bürger:innen schon jetzt besondere Rechte gewährt

werden. (...) Die gemeinsam verhängten Sanktionen sind alternativlos (...). Wir fordern, dass die EU sich weiterhin – trotz des Widerstands einzelner putinnaher Regierungen – für harte und wirksame Sanktionen und eine Abschaffung des Vetorechts einsetzt. (...) Wir blicken mit größter Sorge auf die russischen Drohungen gegen die unabhängige Republik Moldau und Georgien. Die EU muss aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz beider Länder ergreifen. Dazu gehören auch Fortschritte in der EU-Erweiterung.“ (17)

Abseits von seiner JEF-Tätigkeit bezeichnet Fifka sich selbst als „freien Trainer und Moderator“ (18). Indes setzt er hauptsächlich Projekte im Bereich Kinder- und Jugendgremien um. Was ihn vor diesem Hintergrund dazu qualifiziert, mit ausreichend sachlicher Expertise und der gebotenen Objektivität die Texte von Studenten bewerten zu können, ist offenbar nur der Deutschen Gesellschaft ersichtlich.

Elmar Brok kann ebenfalls als überzeugter Verfechter der „Vereinigten Staaten von Europa“ charakterisiert werden, welche die Ukraine inkludieren und Russland exkludieren. Der CDU-Politiker ist Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschlands und war bis 2023 Präsident der UEF, deren Haltungen zum Ukrainekrieg hier bereits bezeichnend dargelegt wurden. Zwischen 1999 und 2007 war Brok als Hauptberichterstatter zur EU-Osterweiterung eingesetzt. Anfang der 2010er Jahre agierte er unmittelbar in der Ukraine. Als Bekannter der Oppositionspolitikerin Julija Timoschenko (19) kritisierte er den prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch scharf. Nachdem dieser das EU-Assoziierungsabkommen platzen ließ, forderte Brok, Janukowitsch solle den „Weg nach Europa freimachen“ (20). In Bezug auf die an den anschließenden Maidan-Protesten maßgeblich beteiligte rechtsradikale Partei „Swoboda“ äußerte Brok verharmlosend, er „liebe“ diese Partei nicht, entscheidend sei jedoch, dass sie den Präsidenten gestürzt habe und „Demokratie in der Ukraine möglich“

(21) mache.

Ungeachtet dieses teils undurchsichtigen Involvements in Sachen Ukraine, sorgte Brok auch anderweitig für Aufsehen. So fühlt er sich allem Anschein nach nicht nur Europa, sondern auch US-amerikanischen Großkonzernen verbunden, schließlich ist er bei der Lobbyorganisation „Transatlantic Policy Network“, der unter anderem Meta, Nestlé und Pfizer angehören, Verantwortlicher für die EU (22). Des Weiteren pflegt er engen Kontakt zur Bertelsmann AG, für die er viele Jahre als Lobbyist tätig war. Bis zu 10.000 Euro erhielt der Europaparlamentsabgeordnete monatlich dafür, dass er in Brüssel und darüber hinaus Politik im Sinne des Medienunternehmens machte. Kritische Zeitungsartikel über diese ‚Nebentätigkeit‘ wusste Brok durch seine zahlreichen Kontakte aktiv zu verhindern (23). In den Jahren 2011 und 2018 machte der Christdemokrat zusätzlich wegen Steuerhinterziehung von sich reden (24). Daneben sorgte die Behauptung der ukrainischen Frauengruppe „Femen“, Brok habe in der Ukraine ein Bordell besucht, für Skandale, während er selbst und der ukrainische Staat die Vorfälle dementierten (25). Schlussendlich fungiert Brok derzeit als Beisitzer im Vorstand der Deutschen Gesellschaft. Allein diese Tatsache steht einer Ernennung zum ‚unabhängigen‘ Jurymitglied eigentlich entgegen.

Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es sich bei den drei ausgewählten Personen weniger um eine ausgeglichene, objektive und sachkompetente Jury – etwa in Form von Osteuropa-Professoren – handelt, als vielmehr um eine Ansammlung von (teils persönlich ungeeigneten) Extrempolitikern, unter denen absoluter Konsens herrscht. Die drei Jurymitglieder sind durch diverse Netzwerke und Abhängigkeiten sowohl untereinander als auch mit

der Deutschen Gesellschaft als Veranstalter verwoben. Ob sich der Verein dieser Problematik bewusst war und die Namen deshalb erst im Nachgang publik gemacht hat, bleibt offen.

In jedem Fall drängt sich aber der Verdacht auf, dass es sich bei der diesjährigen Auswahl der Textbeiträge um eine politische Selektion handelt. Jury, Veranstalter und Geldgeber verfolgen im Kern dieselben Ziele und haben insbesondere ein Interesse daran, den aktuellen Regierungskurs zu legitimieren und kritische Stimmen einzudämmen.

Dass hier Think-Tank-Akteure – im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Steuerzahler – ohne öffentliche Kritik die ‚passende‘ künftige (akademische) Elite auswählen – und sich der Veranstalter für eine derartige Juryauswahl nicht einmal rechtfertigen muss oder schämt – spricht Bände über den Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft.

Mit Blick auf den diesjährigen Wettbewerb hat die Deutsche Gesellschaft ihre selbstgesteckten Ziele einer „kritischen Begleitung“ gesellschaftlicher Entwicklungen und der Sicherung einer „dauerhaften europäischen Friedensordnung“ somit mehr als verfehlt. Von einem „Gemeinsamen europäischen Haus“ sind wir weit entfernt. Die Grundgedanken und politischen Leitlinien der Gründungsmitglieder der Gesellschaft wurden geradezu ins Gegenteil pervertiert. Während die heutige Deutsche Gesellschaft für eine innereuropäische Abgrenzung wirbt, blieben Mitinitiatoren wie Peter Brandt und Antje Vollmer ihrer Linie treu und setz(t)en sich aktiv für baldige Friedensverhandlungen und Völkerverständigung auf dem gesamten europäischen Kontinent ein (26).

Auf die Textauswahl der Jury und die „originellen“ studentischen Ideen von heute darf man gespannt sein.



Maria Werter, Jahrgang 1998, hat Geschichte und Germanistik studiert und promoviert im Bereich Zeitgeschichte. Gerade als Historikerin betrachtet sie die Entwicklungen der Gegenwart kritisch. Sie schreibt und forscht zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen und hält den Zeitgeist sowie ihre persönlichen Erfahrungen in Gedichten fest. Dabei hat sie eine Schwäche für Antithesen. Im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Seniorenheim und in der Schule setzt sie sich für generationsübergreifenden Austausch ein. Sie lebt nach dem Grundsatz „audiatur et altera pars“.